



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, G.: In und um Brest-Litowsk

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

In und um Brest-Litowsk



err Trozki ist mit der hündigen Erklärung nach St. Petersburg abgereist, daß die russische Delegation an ihrem Antrage festhalte, nur ein Referendum solle über die Zukunft der von uns besetzten Gebiete Rußlands entscheiden. Wer hieraus folgern würde, daß Trozki für Rußland überhaupt ohne Rücksicht auf das Ergebnis des Referendums darauf verzichtete, Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in Kurland, Litauen, Polen, Weißrußland zu nehmen, der ginge fehl. Bei der Besprechung zu den Grenzfestlegungen zwischen der Ukraina und Polen südlich Brest-Litowsk bestritt Herr Trozki den Vertretern der Ukraina durchaus das Recht, selbständig mit den Mittelmächten abzuschließen. „In jedem Einzelfalle“, sagte Trozki, „würde es einer Einigung zwischen uns und der ukrainischen Delegation bedürfen. Dies bezieht sich natürlich auch im vollen Umfange auf die Gebiete südlich von Brest-Litowsk.“ Gegen den Versuch der Weißrussen sich national zu organisieren, ist die russische Regierung in Minsk mit Maschinengewehren vorgegangen, weil, wie Herr Trozki zugab, dieser Versuch nicht die streng „demokratischen“ Bahnen wandelte, die die Bolschewiki der Weltentwicklung vorschreiben möchten. Von russischer Seite wird also ziemlich unverhüllt der Grundsatz vertreten, daß von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker nur solange die Rede sein könne, wie es den Russen gefällt. Ihre Formel von der Selbstbestimmung stellt also dieselbe Scheinheiligkeit dar wie die, mit der die Bureaukratie der Zaren seit mehr als einem Jahrhundert die sogenannten Fremdvölker in gute Russen umzuwandeln strebte. Früher mußten die Randgebiete sich dem moskowitzischen, jetzt sollen sie sich dem anarchischen Imperialismus der Bolschewiki unterwerfen. Das ist der ganze Unterschied. Im übrigen verfahren die Räuberbanden der Bolschewiki in den baltischen Provinzen noch willkürlicher und grausamer, wie die Hängegendarmen Murawjews es seinerzeit in Litauen getan hatten.

Diese Parallelen liegen so klar auf der Hand, daß es uns unverständlich erscheint, warum aus ihnen nicht auch entsprechendes Kapital geschlagen wird. Nur Herr General Hoffmann hat in wirksamer Weise darauf hingewiesen. Die verständigen Worte des Herrn von Kühlmann in einer Antwort an Trozki, daß die Ausdehnung der Revolution auf die vom Kriege schon genug heimgesuchten Gegenden verhindert werden müsse, sind ziemlich wirkungslos verhallt. Graf Czernin schließlich hat sich in einem Gespräch für die Presse wieder vorbehaltlos auf den Boden der so haltlosen Formel gestellt und zwar, um ja nicht in den Verdacht zu geraten, zu den Kriegsverlängerern zu gehören.

Was heißt denn Kriegsverlängerer? Wer ist ein Kriegsverlängerer? Der in machtvollen Schlägen den Gegner in möglichst kurzer Zeit zu werfen sucht und dazu seinem Volke gewisse überschaubare Blutopfer auferlegte, oder derjenige, der durch Verschleppung und Hinzögern der Entscheidungen immer neue Kräfte unter neuen Schlagworten in das Völkermorden einführt und der Nation unüberschaubare Opfer aufbürdet? Erinnern wir uns doch, wie aus dem serbisch-österreichischen Konflikt der russisch-österreichische und der deutsch-englische Krieg wurde. Es ging odh damals zunächst um die Frage, ob Österreich-Ungarn seine weltgeschichtliche

Wiffen und damit seine Daseinsberechtigung überhaupt gegen die Ansprüche Rußlands und Italiens aufrecht erhalten sollte. Ein siegreiches zarisches Rußland konnte die von ihm abgewandte Revolution wohl auch in die Habsburgischen Lande tragen. Nun schüttelt die Revolution den russischen Staatskörper zu Tode und ihre Führer brauchen Siege über die Nachbarvölker, um sich selbst, wie es die Bureaukratie des Zaren versuchte, durch Krieg, jetzt Revolution genannt, an der Macht zu erhalten. Jetzt sollen nicht nur die von uns besetzten und schlecht und recht in Ordnung gehaltenen Gebiete dieser revolutionären Kriegspest ausgeliefert werden, sondern auch die Völker Deutschlands und Habsburgs, die durch Geldentum auf dem Schlachtfelde und Geduld daheim den Krieg aus ihren eigenen Landen zu vertreiben und fernzuhalten vermochten. Unter Anleitung der Bolschewiki soll der deutsche Arbeiter womöglich die Grundlagen seines Wohlstandes nach russischem Muster vernichten. Konnte der Zar den Krieg nicht in unsere Grenzen tragen, so soll es jetzt die „gleichmachende“ Revolution. Also unter anderen Formen soll der Krieg ausgedehnt, mit anderen Schlagworten neue Gegnerchaften hergestellt und gegeneinander getrieben werden. Nicht wir, die wir solchem Wollen ein energisches Veto entgegensetzen, sind Kriegsverlängerer, sondern jene, die die Regierungen zur Nachgiebigkeit gegen die Russen auffordern, nur um schnell zum Frieden zu kommen. Wenn die Regierung den Kriegszustand um zehn Jahre verlängern will, möge sie den falschen Propheten folgen! Ich glaube, eine ernsthafte Aufklärung über die Gefahren, die jedem Deutschen, arm oder reich, von der russischen Revolution drohe, würde nicht nur unseren, sondern auch den österreichischen Arbeitern die Augen darüber öffnen, daß sie, wie schon gesagt, nur angespannt werden sollen, den Ehrgeiz einzelner zu stillen, die nach der Macht streben, einzelner Ehrgeiziger, die nichts zu verlieren haben, mit Eigenschaften, die sie in den meisten Fällen nicht befähigen uneigennützig Führer des Volkes zu sein. Es sind Kämpfe um die Macht unbewährter Menschen und Systeme gegen das Bestehende mit untauglichen Mitteln, verschärft durch den Eindruck, den der Zusammenbruch des Zarenreiches in der Welt hervorgerufen hat. Aber das zarische Rußland und nach ihm das bürgerliche ist nicht gestürzt, weil der demokratische Gedanke der Bolschewiki von besonders hehrer Reine wäre, sondern, weil jene innerlich faul, morsch, totkrank waren und den Druck des freventlich begonnenen Krieges nicht auszuhalten vermochten.

Und noch haben die Bolschewiki nicht gesiegt! Es ist auch kaum anzunehmen, daß sie siegreich bleiben; es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß schon die entgegen ihren Wunsch zusammentretende Konstituante ihrer Herrschaft ein Ende bereitet. Die Ukraina geht schon jetzt mehr und mehr eigene Wege.

Kürzlich führte der preußische Herr Finanzminister Dr. Hertg in einer auch sonst glänzenden Rede aus:

„Ich habe in meiner gestrigen Rede gegenüber den mancherlei Zeichen von Mißstimmung und Unzufriedenheit betonen wollen, daß nicht der geringste Grund vorliegt, bange zu sein, sondern daß wir bei den Leistungen von Heer und Flotte stolz auf unser Deutschtum und stolz auf das, was wir geleistet haben, sein können. Mit diesem Gefühle brauchen wir nicht zurückzuhalten. Da muß einmal ein kräftiges Wort gesagt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Warum hält denn Lloyd George jede Woche seine Rede? Er rechnet

mit der psychologischen Wirkung auf das eigene Volk, auf das neutrale Ausland und auf unser Volk. Demgegenüber muß jeder Minister jede Gelegenheit benutzen, mit aller Deutlichkeit zu sagen, wie die Sache wirklich ist."

Man stelle sich vor, welchen gewaltigen Eindruck eine Darlegung über die angedeuteten Zusammenhänge erwecken müßte, vorgetragen von einem Minister in einer Berliner Arbeiterversammlung von 5—6000 Menschen. Wie vielen schädlichen, schleichenden Einflüssen würde sie entgegenwirken!

Die Verhandlungen in Brest sind wenigstens in der politischen Kommission bis zum 29. d. M. unterbrochen. Verhandelt wird vornehmlich über Wirtschafts- und Verkehrsfragen mit der Abordnung der Ukraine, wobei der auch in Deutschland rühmlichst bekannte Nationalökonom Tugan-Baranowski den gut geschulten, scharfsinnigen Vorkührer spielt. Herr Trozki ist nach St. Petersburg, Herr Graf Czernin nach Wien gereist. Wenn Herr Trozki als Unterhändler zurückkehren sollte, wird sich mancherlei ereignet haben, was den Fortgang der Friedensverhandlungen tief beeinflussen dürfte. Die russische Gesetzgebende Versammlung hat einen politischen Gegner Trozki's, den Sozialrevolutionär und ehemaligen Minister in der Regierung Kerenskis, Tschernow, zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Diese Nachricht über die Lage in Rußland, neben der nur die Richtigkeitserklärung der russischen Staatsanleihen, amtlich aus Rußland gemeldet wird, beleuchtet einigermaßen die englischen und französischen Meldungen, die über eine scharfe Zuspitzung der Lage berichten.

Die vorübergehende Ruhe in Brest-Litowsk gestattet uns, einmal zuzusehen, wie es bei unserem Bundesgenossen an der Donau aussieht: das eigentümliche Vorgehen des vom Wiener Auswärtigen Amt häufig benutzten Wiener Fremdenblattes gegen eine mögliche Kandidatur des Fürsten Bülow als Friedensunterhändler hat alle Welt hoch aufhorchen machen. Diese unfreundliche Einmischung in unsere inneren Verhältnisse ist von der gesamten Presse mit Einschluß der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung so scharf und einmütig zurückgewiesen worden, daß wir nichts mehr hinzuzufügen brauchen. Aber auch von anderer österreichischer Seite wird versucht, Einfluß auf Dinge zu nehmen, die uns doch in allererster Linie angehen. So heißt es in einem Wiener Telegramm der „Frankfurter Zeitung“:

„Es wird immer klarer, daß mit halbem Einverständnis der Regierung die Völker Österreichs, auch die Deutschen den Krieg nicht länger führen wollen, als bis auch die Entente zu einem Verständigungsfrieden bereit ist, ja, daß sie die Verständigung an sich und die Befreiung aller Völker von ihren Imperialisten als eines der Kriegsziele selbst betrachten. Die Entwicklung geht hier mehr und mehr von einem exklusiven Nationalismus zum demokratischen Internationalismus. Man muß diese Entwicklung im Auge behalten, um nicht Gefahr zu laufen, schließlich isoliert für einen Macht- und Siegfrieden, der zugleich die Verewigung des Militarismus bedeuten würde, einzutreten. Keine Agitation und keine Umschmeihlung der Entente hat auf das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland so nachteilig eingewirkt, wie das Gebaren der deutschen Vaterlandspartei.“

Was würde man in Wien und Budapest dazu sagen, wenn vom Reich aus in dieser Weise Stellung genommen würde, z. B. in der Frage des österreichisch-ungarischen oder auch nur deutsch-tschechischen Ausgleichs? Ihre Nebenerscheinungen können uns als Bundesgenossen doch gewiß manchmal auf die Nerven fallen! Die Vaterlandspartei ist eine durchaus reichsdeutsche Angelegenheit! Mögen ihre

Organe hier und da in ihren Mitteln daneben greifen, so hat die Partei doch das hohe und im wesentlichen erfolgreich angestrebte Ziel, die Nation zu einem Frieden zu führen, der ihr die Sicherheit bringt, sich ungestört friedlich auszuleben, d. h. unter anderm, der auch die Existenz des deutschen Arbeiters, der ja gerade dafür seine Knochen zu Markte trägt, in aller Zukunft sichert. — Nun stellt die angeführte Wiener Korrespondenz es so hin, als wenn die Vaterlandspartei in Osterreich den Weg zum „demokratischen Internationalismus“ ebne, weil sie den Friedensschluß mit Rußland aufhalte. Ich glaube, die Dinge in Osterreich würden auch ohne die Vaterlandspartei zum Internationalismus treiben, nachdem dort wieder alle die in den Pariser Kaffeehäusern großgewordenen Kulturpolitiker freie Meinungsäußerung erhalten haben und es ihnen möglich ist, für die russische Revolution Propaganda zu machen. Wir weisen nur in der Abwehr auf die Quelle der neu-österreichischen Stimmungen hin; im übrigen ist es vorläufig nicht unsere Sache, ob die Monarchie, nachdem sie Rußland und Italien gegenüber siegreich geblieben ist, ihre historische Mission an einen von der russischen Demokratie geleiteten Panlawismus abtreten will. Der christlich-soziale Abgeordnete Niklas kennzeichnete die Lage treffend, als er ausführte, der Hauptgrund der Schwierigkeiten der Brest Verhandlungen liege in dem Versuch der Bolschewiki, ihre Ideen nach Osterreich zu tragen.

In letzter Stunde kommt die erfreuliche Kunde aus Brest-Litowsk, daß zwischen den Vertretern der Mittelmächte und der Ukraina Grundlagen für einen Friedensschluß ausgearbeitet sind, die nunmehr den Parlamenten zur Begutachtung und Annahme vorgelegt werden sollen. So geht denn über Brest-Litowsk der Vorhang zum zweiten Male nieder und in gehobenerer Stimmung erwartet das Publikum sein Hochgehen zum dritten, hoffentlich letzten Akte!

Berlin, den 20. Januar 1918.

G. Kleinow



Neue Bücher

H. Kjellen „Studien zur Weltkrise“. Übersetzt von Dr. Stieve. Bruckmann. München 1917. Preis 3,60 M.

Auf unsere Seele, die wund geworden ist von den Pfeilen der Verleumdung, legt sich wie lindernder Balsam dies Wort eines Freundes, und unser Gewissen, das sich bei noch so strenger Selbstprüfung der Sünden nicht zeihen kann, die Feindeshege uns nachsagt, wird durch sein Zeugnis entlastet. Nicht zum ersten Male erhebt der schwedische Gelehrte seine Stimme zugunsten der deutschen Sache.